



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/203 - 3.9.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Erhards unwirksame Rezepte	S. 1
Regierungsumbildung in Schweden und Dänemark	S. 3
Sorgen der Kriegsverletztenrentner	S. 4
Anhang: Die SPD zur Kanzlerreise	

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

---

## Scheinkampf gegen die Preise

R.D. Die nicht mehr zu überschende Unruhe der Bevölkerung über die von der Regierung bewusst geförderte Vertecuerung der Lebenshaltung - siehe Heraufsetzung der Mieten, Forderung nach höheren Milchpreisen, Beseitigung der Strafbestimmungen gegen Preistreiberei - soll wieder einmal durch leere Versprechungen eingedämmt werden. Herr Erhard trat mit bekannt stereotypen Lächeln auf den Plan und wiederholte seine seit Jahren abgenutzten und so jeder Wirkung entbehrenden Ankündigungen. Nur eine davon ist neu. Sie wird sich gegen die Arbeitnehmer und ihre berechtigten Ausgleichsforderungen richten und wohl auch als einzige Aussicht haben, von Regierung und Bundestag verwirklicht zu werden: Die "völlige Freizügigkeit der Arbeitskräfte in Westeuropa."

Nehmen wir Erhards Ankündigungen der Reihe nach. Von den "Jedermann-Einfuhren" billiger Verbrauchsgüter aus dem Ausland ist Erhard selbst der Meinung, sie seien nicht der Weisheit letzter Schluss. Es ist auch Unfug, den Eindruck zu erwecken, als vermöchte sich "Jedermann" zum Aussenhandelsexperten zu entwickeln, dabei die Preisbewegungen für Verbrauchsgüter draussen zu beobachten und die Devisen- und Zollbestimmungen zu verfolgen, mit denen man morgen solche Einfuhren wieder einschränken kann.

Auf die angekündigten zollpolitischen Massnahmen, den "Dolch im Gewande", den Erhard den hartnäckigen Preistreibern gelegentlich zeigen möchte, hat Erhard gar keinen Einfluss. Und er weiss auch, der Bundestag würde ihm dazu keinerlei Vollmachten geben. Auch hat er seine Ankündigung absichtlich vorher entwertet, denn diesen Dolch will er nur "zeigen" und im übrigen keinerlei dirigistische Massnahmen treffen, die zu wirklichen Preissenkungen führen könnten. Das heisst ganz nüchtern: Erhard will gar nicht. Daher hat er sein einziges wirksames Einflussmittel, das Wirtschaftestrafrecht, selbst entschärft und den Start in die Preistreiberei freigegeben.

Die Forderung Erhards nach dem Kartellgesetz ist seit den sieben Jahren, in denen er es fordert und ankündigt, langsam zu

3.9.1955

einer lächerlichen Farce geworden. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich, dass der Minister nicht Wirtschaftspolitik betreibt, sondern dass seine Politik von der Wirtschaft betrieben wird. Auf diese Triebkräfte ist auch sein einziger Programmpunkt mit wahrscheinlicher Effektivität zurückzuführen - die Freizügigkeit der Arbeitskräfte. Hintergrund: man will den Arbeitermangel, der den Arbeitnehmern zur Zeit eine starke Marktposition gibt und ihre Lohnforderungen begünstigt, durch ausländische Arbeitskräfte und damit zugleich den Lohndruck beheben. Die Gewerkschaften sollten sich bei den kommenden Besprechungen mit der Regierung sehr vorsehen, dass sie in diesem Punkt um der übrigen unrealen Versprechungen willen keine unreparablen Zugeständnisse machen.

Es muss wiederholt werden: Diese Preisbewegung war von Erhard gewollt! Nach seinen eigenen Worten sollten die notwendigen Rüstungsinvestitionen von der Wirtschaft selbst über den Markt, d.h. also über die Preise, finanziert werden. Das fing denn auch bei der Kohlepreiserhöhung erneut an, setzte sich über Stahl und Stahlerzeugnisse bis in die verarbeitende Industrie fort und wurde auf dem Sektor der Dienstleistungen (siehe bei Mieten) bewusst von der Regierung nachgezogen.

Ogleich Erhard, wie schon bereits im Frühjahr dieses Jahres, die gegenwärtigen Gewinnspannen der Erzeuger, wie der Verarbeiter und des Handels für hoch genug hält, um Preissenkungen zu rechtfertigen, kauft ihn seine Versprechungen: durch Besprechung mit diesen Kreisen zu Preissenkungen zu kommen, niemand mehr ab. Unglaublich sind auch die Zusicherungen der Wirtschaft selbst. Hier sei nochmals an ein ähnliches Versprechen des Bundesverbandes der Industrie auf seiner Bremer Tagung 1953 erinnert. Versprochen wird bekanntlich immer nur dann - und ausserdem an die soziale Verantwortung gegenüber den Rentnern erinnert - wenn sich die Arbeitnehmer durch Lohnforderungen der Preistreiberei zu erwehren suchen.

Die Regierung hat Mittel genügend, wenn sie sie nur ernsthaft einsetzen will, um dieser Preistreiberei zu begegnen: Öffnung der Einfuhrschleusen, Herabsetzung der Zölle, der Verbrauchs- und Umsatzsteuern, Öffnung der Läger der Einfuhr- und Vorrats-Stellen, die bisher nur zu Zwecken der Preisstützung eingesetzt wurden, Preis- und Warenkontrollen us.usw. Aber keines dieser Mittel wendet sie an. Man gibt nur leere Versprechungen und führt einen Scheinkampf gegen die Preise. Die Arbeitnehmer sind dieser Spiegelfechtereien satt und man muss schon mehr tun, um sie daran zu hindern, notfalls auch zur Selbsthilfe zu greifen.

+ + +

Ministerwechsel, aber keine Kursänderung  
- - - - -

R.H.Stockholm

Am 12. September scheidet Finanzminister Per Edvin Sköld auf eigenen Wunsch aus der schwedischen Regierung aus. In ihm verliert die Regierung eine ihrer markantesten Persönlichkeiten, denn Sköld gehört - neben dem verstorbenen Ministerpräsidenten Per Albin Hansson, dem ehemaligen Sozialminister Gustav Möller und dem ehemaligen Finanzminister Ernst Wigforss - zu jenen kraftvollen Führungsgestalten, unter deren Leitung die schwedische Sozialdemokratie ihr Land im Laufe weniger Jahrzehnte zu einem musterhaften modernen Sozialstaate umgewandelt hat.

Sköld hat seinen Entschluss mit Überarbeitung begründet, denn der heute 64-jährige Sozialist hat nicht weniger als 22 Jahre der schwedischen Regierung angehört. Während des Krieges trug er die schwere Last des Verteidigungsministeriums, während der Nachkriegsjahre koordinierte er die schwedische Wirtschaftspolitik und vor sechs Jahren zog er als Nachfolger von Ernst Wigforss in das Finanzministerium ein. Weit über den Parteirahmen hinaus würdigt die schwedische Presse das vielseitige Können und die Tatkraft dieses ungewöhnlichen Mannes, dessen unverblühte Stellungnahmen - auch in Parteikreisen - gefürchtet sind und dessen Charakter über jeden Zweifel erhaben ist. Sköld wird aus dem politischen Leben nicht ausscheiden, sondern sein Reichstags-Mandat weiter ausüben. Über Skölds Nachfolger im Finanzministerium ist noch nicht entschieden worden. Die Wahl steht vermutlich zwischen dem gegenwärtigen Sozialminister Sträng und dem Zivilminister Gunnar Lange. Jedenfalls sind einige Veränderungen im schwedischen Kabinett, nicht jedoch eine Kursänderung, zu erwarten.

Auch die dänische Regierung hat nun die seit langem erwartete Umbildung erfahren, nachdem die Bemühungen um eine Erweiterung der Regierungsbasis durch Einbeziehung der Radikalen ergebnislos geblieben sind. H.C.Hansen, welcher nach dem Ableben Hans Hedtofts neben dem Aussenministerium auch noch die Bürde des Ministerpräsidenten übernommen hatte, wird nun durch die Ernennung eines Ministers ohne Portefeuille, der als stellvertretender Aussenminister antreten soll, entlastet. Mit dieser Aufgabe wurde der bisherige aussenpolitische Redakteur des Social-Demokraten Ernst Christiansen, betraut. Eine

weitere Entlastung H.C. Hansens ergibt sich dadurch, dass Johannes Kjaerbö, der dem Wohnungsministerium vorsteht, nun auch die Leitung des Grönland-Ministeriums übernimmt. Schliesslich wird dem bisherigen Verkehrsminister Carl Petersen das Innenministerium anvertraut, während die Leitung des Verkehrsministeriums dem Gewerkschaftssekretär Kai Lindberg übertragen wurde.

Sowohl der Rücktritt Skölds als auch die Regierungsumbildung in Dänemark haben nichts mit einer Änderung der Regierungspolitik zu tun. Sie sind lediglich ein sehr anschaulicher Beweis für die unerhörte Arbeitsbürde der Regierungen in modernen Sozialstaaten.

+ + +

#### Unzumutbare Nachuntersuchungen bei Kriegsverletzten

s. Auf der Tagung der Länder <sup>arbeitsminister</sup> in München stand die Frage im Vordergrund, wann Nachuntersuchungen der Kriegsverletzten zulässig sein sollen. Es ist wiederholt vorgekommen, dass Kriegsverletzte untersucht wurden und dass ihnen nach den Untersuchungen ein Teil ihrer Rente wieder aberkannt werden musste. Derartige Fälle sind von den Betroffenen, die auf die niedrigen Renten dringend angewiesen sind, fast jedes Mal als besonders Unrecht empfunden worden.

Die Nachuntersuchungen werden teils amtlich durchgeführt, sie finden aber auch auf Antrag der Beschädigten statt, wenn diese hoffen, dadurch eine höhere Rente zu erhalten. Wenn aber das Ergebnis der Nachuntersuchung wider Erwarten statt zu einer höheren zu einer niedrigeren Rente führte, riefen die Beschädigten meistens die Sozialgerichte an. Dort erwiesen sich diese Hilferufe als die langwierigsten unter allen Prozessfällen.

Im vergangenen Jahr ereignete sich in Hessen ein Fall, der besonders Aufsehen erregte. Ein Hirnverletzter beantragte seine Nachuntersuchung und es stellte sich heraus, dass er seine Rente jahrelang zu Unrecht bezogen hatte, weil die Verletzung gar nicht als Kriegsverletzung anerkannt werden konnte. Statt der von ihm beantragten Rentenerhöhung verlor der Verletzte seinen Rechtsanspruch, brach zusammen und verübte Selbstmord.

Der hessische Arbeitsminister mag an diesen (besonders krasen) Fall gedacht haben, als er jetzt in München einen Antrag stellte, der geeignet wäre, einen Teil der entstehenden Unbilligkeiten auszu-

schalten. Er schlägt vor, alle Nachuntersuchungen bei Kriegsbeschädigten des ersten Weltkrieges sofort einzustellen und ausserdem auch die Hirnverletzten des zweiten Weltkrieges von allen weiteren Untersuchungen auszunehmen.

Bundesarbeitsminister Storch hatte bereits vor einiger Zeit - auf Drängen der SPD - für eine Übergangszeit angeordnet, dass Teilnehmer des ersten Weltkrieges nicht mehr nachuntersucht werden sollten. Jetzt ist es aber bereits wieder vorgekommen, dass Kriegsbeschädigte, die schon älter als 65 Jahre sind und die seit Jahrzehnten ihre Renten beziehen, plötzlich als "arbeitsfähig" bezeichnet und ihre Rentenansprüche herabgesetzt werden. Die amtlichen Stellen stehen dabei im Konflikt: zwischen menschlicher Anteilnahme am Schicksal der Betroffenen und der buchstabengetreuen Auslegung der vom Bundestag beschlossenen Gesetze.

Der Bundesrechnungshof hat zum Beispiel keinen Einspruch gegen die Anordnung Storchs erhoben, obwohl sie mit dem Wortlaut des Bundesversorgungsgesetzes nicht zu vereinbaren war. Später ist vielfach nicht verstanden worden, warum der gleiche Bundesrechnungshof plötzlich protestierte, als die hessische Landesregierung, die in diesen Fragen offenbar besonders aufgeschlossen ist, die Frist für den Fortfall aller Nachuntersuchungen noch weiter ausdehnen wollte.

Man sollte den Kriegsoffern aber so weit wie möglich entgegenkommen und ihnen auch eine gewisse Sicherheit in Bezug auf ihre Renten schaffen. Wenn jetzt die Arbeitsminister vorschlagen sollten, das Bundesversorgungsgesetz im Sinne der hessischen Vor schläge zu ändern, sollten Bundesarbeitsminister und Bundestag den Wunsch unterstützen.

Gerade bei Hirnverletzten, die in dem hessischen Vorschlag eine Sonderstellung einnehmen, ist eine Besserung ihres Gesundheitsstandes oft nur flüchtig und es wäre ungerecht, wenn sie wegen einer Untersuchung, die zufällig in einer für sie glücklicheren Gesundheitsphase stattfindet, künftig geringere Renten bekämen. Schon die mit der Untersuchung und der Rentenminderung verbundene Aufregung kann oft psychische Störungen hervorrufen, die den Beschädigten leicht wieder aufs Krankenbett werfen können.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

## Die SPD zur Kanzlerreise

In einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und des Vorstandes der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion am 2. September zur Moskauer Reise einer westdeutschen Regierungsdelegation wurde folgende Stellungnahme beschlossen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erwartet von der deutschen Regierungsdelegation, dass sie mit ihren Verhandlungen in Moskau eine Möglichkeit, die Politik der Entspannung und der Sicherung des Friedens zu fördern, wahrnimmt. Eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte friedliche Entwicklung in Europa und in der Welt ist die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit, die von der Sozialdemokratie als die vordringlichste Aufgabe der deutschen Politik betrachtet wird.

Die deutsche Delegation hat in den Besprechungen mit der Moskauer Regierung in erster Linie die Voraussetzungen zu klären, unter denen eine Vereinbarung über die alsbaldige Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und die Eingliederung des wiedervereinigten Deutschlands in ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Satzungen der Vereinten Nationen möglich ist.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in der Erklärung ihres Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, vor Beginn der Genfer Viermächte-Konferenz zum Ausdruck gebracht, sie teile die Auffassung des Bundeskanzlers, dass ein europäisches Sicherheitssystem, das die Beibehaltung der Teilung Deutschlands vorsehen würde, für das deutsche Volk unannehmbar wäre. Gerade deshalb betonte der Sprecher der Sozialdemokratie, es sei in diesem Augenblick notwendig, darauf hinzuweisen, dass die Zeit zum Handeln in der Frage der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands jetzt gekommen ist. Der Beitrag, der von den vier früheren Besatzungsmächten dazu geleistet werden kann, muss darauf hinauslaufen, dass von allen Seiten die Versuche eingestellt werden, die Teile Deutschlands oder ganz Deutschland jeweils in das Militärsystem des Ostens oder des Westens eingliedern zu wollen.

Wer den Status quo mit seinen Gefahren für den Frieden überwinden will, muss auch bereit sein, die Bindungen der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone an die Militärsysteme in West und Ost - NATO und Warschauer Pakt-Organisation - zur Erörterung

zu stellen. Die Verhandlungen über diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wünscht, dürfen zu keiner direkten oder indirekten Anerkennung des gegenwärtigen Zustandes eines geteilten Deutschlands führen.

Die unverzügliche Freilassung und Heimkehr aller gefangenen Soldaten und internierten Zivilisten ist ein gemeinsamer Wunsch aller Deutschen, der von keiner Bedingung abhängig gemacht werden kann und in seiner Berechtigung ausser Frage steht. Die SPD unterstützt jede auf dieses Ziel gerichtete Bemühung der Bundesregierung.

Die Sozialdemokratische Partei bedauert, dass der Bundeskanzler auch jetzt wieder nichts getan hat, um eine Gemeinsamkeit der aussenpolitischen Haltung, vor allem in der Frage der Wiedervereinigung als der vordringlichsten Frage, zu verwirklichen, sondern sich darauf beschränkt hat, die parlamentarische Opposition nach dem Abschluss der Vorbereitungen der Reise zu unterrichten.

Die Sozialdemokratische Partei muss sich deshalb ihre Stellungnahme zu der Verhandlungstaktik und dem Verhandlungsprogramm der Regierung vorbehalten, bis die Ergebnisse der Moskauer Reise vorliegen.

Die Teilnahme der beiden Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten an der Reise nach Moskau, hält die SPD im Interesse einer Informierung des Parlaments für richtig. Die Beteiligung von Prof. Carlo Schmid bedeutet jedoch keine Verpflichtung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihrer Bundestagsfraktion gegenüber der Regierungsdelegation und dem ihren Moskauer Verhandlungen zugrundeliegenden Programm.

Bonn, 2.9.1955

+ + +